



## ... und schon sind wir gesünder!

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Nachdem in den zurückliegenden Monaten Klarheit darüber war, was zu der Menge an eingeschränkt dienstfähigen Beamten in der Thüringer Polizei alles unklar ist, wurden alle Behörden aufgefordert, ihre Schäfchen zu zählen. Während zuvor immer die Rede von über 900 Fällen war, sind es in der Summe der Zuarbeiten nun nur noch rund 600 Beamte mit einer eingeschränkten Dienstfähigkeit. Aber sind wir wirklich wieder gesünder? Eine weitere Verharmlosung der Problematik erfuhr das Thema Diabetes im Polizeidienst. Hier spricht man im Land jetzt von 73 bekannten Fällen, worunter wiederum nur 46 Beamten die Waffe entzogen wurde. Warum dies notwendig sei, hat man abermals an dem einen einzigen Fall erläutert, der sich jemals in der Thüringer Polizei ereignet hat. Hier konnte man als Ursache eine Erkrankung an Diabetes feststellen.

Ich habe unserem Polizeiarztlichen Dienst aber versprochen, dass ich das Thema nicht mehr so darstellen werde, als setze er die Alleinursache hierfür, denn selbstverständlich kann ein PÄD die Beamten nicht gesünder schreiben als sie tatsächlich sind. Aber in der Polizeiführung müsste doch die Frage aufkommen, ob wir hier wirklich gesicherte Zahlen vorliegen haben? Bei einem Altersdurchschnitt von 43 Jahren können wir nach Abzug der Megabehörden Bereitschaftspolizei und TLKA, in denen sich unumstritten die jüngeren Beamten konzentrierter befinden, in den Gebietsinspektionen bei steigender Tendenz auch Altersdurchschnitte von 50 Jahren verzeichnen.

Von dem Leben außerhalb der Polizei weiß man, dass die über 50-jährigen Menschen zu rund 10 Prozent an Diabetes erkrankt sind. Sollte man uns da nicht endlich abnehmen, dass die Dunkelziffer der „Anonymen Diabetiker“ in unserer Polizei bei nur 73 bekannten Fällen sehr hoch ist? Wir pochen weiterhin auf eine noch bessere Betrachtung des Einzelfalles und akzeptieren nicht, dass man Beamten kurz vor dem Ruhestand noch die Waffe entzieht und dies damit begründet, dass er

sie als Mitarbeiter einer Einsatzzentrale doch sowieso nicht bräuchte. Vielleicht sollte man in der wissenschaftlichen Studie, die zu dem Thema auf uns zukommt, vor allem auch aufzeigen, was man einem Betroffenen mit derartigen Entscheidungen bei seinem ohnehin angeschlagenen Gesundheitszustand auch noch seelisch antut.



Dem Bild könnt ihr entnehmen, dass der Staatssekretär wieder die Vorsitzenden der Berufsvertretungen eingeladen hatte. Wir waren uns vor der „Informationsrunde“ zur Reform darüber einig, diesmal nur zu konsumieren und nicht wieder aufzuzeigen, was inoffiziell schon alles bekannt ist und im Land bereits Sorge bereitet. Doch diese Verfahrensweise hätte beinahe die Veranstaltung geschmissen. Noch eher als sonst wurde den Landesvorsitzenden das Wort übergeben, nachdem es Staatssekretär Jörg Geibert wieder einmal vortrefflich gelungen war, keinen Zweifel am Fleiß der Reformmitarbeiter zu lassen und unter den Eindrücken des zurückliegendenurlaubes sehr viel Ruhe auszustrahlen. Aber außer der Tatsache, dass der Abteilungsleiter unserer Polizei in der Runde den bei eurem Landesvorsitzenden geborgten Kugelschreiber zerborsten hat, ist nicht viel Abrechenbares dabei rübergekommen.

Meine Amtsschwester vom BDK verglich die Stunde mit ihrem Jogakurs, bei dem auch alles auf Beruhigung hinaus liefe und ich fragte an, was um alles in der Welt ich hieraus dem an diesem Tag auf mich wartenden Landesvorstand berichten sollte? Ich machte deutlich, dass ich allein mit meiner persönlichen Überzeugung davon, dass unser Staatssekretär

auch ein Holzpferd zum Nicken bringen kann, meine GdP-Funktionäre und die dahinter stehenden dreieinhalb tausend Mitglieder in der Reform nicht mitnehmen kann. Und so reihte sich Kritik an Kritik, die vor allem beim Thema Öffentlichkeitsarbeit hohe Wellen schlug. Dabei hieß es: Die Personalräte erfahren wenig, den Berufsvertretungen stellt man irgendwann fertige Berichte vor und die Mitarbeiter hören aus den Medien, was auf sie zukommt. Selbst als ein Konzern wie Quelle insolvent wurde, wendete sich das Unternehmen zuerst an seine Beschäftigten und dann an die Presse.

Dem einvernehmlichen Nicken der Vertreter und Vorsitzenden war zu entnehmen, dass diese Verfahrensweise für keine der anwesenden Gewerkschaften akzeptabel ist. Was wir dazu hörten, war eine Mischung aus Verständnissuche, Entschuldigung und eigener Betroffenheit über die Herausgabe unrichtiger Zahlen. Währenddessen man im Hause noch auf der Suche nach dem Informanten sei, war dem Internet mit Bild zu entnehmen, dass der Innenminister selbst im Thüringen-Journal die Zahlen präsentierte.

Dem einvernehmlichen Nicken der Vertreter und Vorsitzenden war zu entnehmen, dass diese Verfahrensweise für keine der anwesenden Gewerkschaften akzeptabel ist. Was wir dazu hörten, war eine Mischung aus Verständnissuche, Entschuldigung und eigener Betroffenheit über die Herausgabe unrichtiger Zahlen. Währenddessen man im Hause noch auf der Suche nach dem Informanten sei, war dem Internet mit Bild zu entnehmen, dass der Innenminister selbst im Thüringen-Journal die Zahlen präsentierte.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Zweifel an der Freisetzung von Polizeivollzugsbeamten, die reine Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, hat die GdP insbesondere deshalb, weil wir dafür rund 120 Verwaltungsbeamte bräuchten. Vom Finanzministerium aber werden wir allenfalls den Stift und das Papier bekommen, auf das wir uns solche malen können!

So sind noch viele Fragen offen. Wer schreibt uns bspw. bei der verschlankten Verwaltung zukünftig die Einsatzbefehle und wer bekommt die Prügel, wenn sie dann mit heißer Nadel gestrickt sind? Es sei noch nichts entschieden, aber vor Ort hatte bereits der Abverkauf von neu beschafften Hundezwingern begonnen, die man künftig an dem Standort nicht mehr bräuchte.

Den Spekulationen und dem vorliegenden Halbwissen wird nun aber ein Ende bereitet. Bereits kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe gibt es einen weiteren Termin beim Innenstaatssekretär und wir erhalten den Abschlussbericht der Phase II, sodass wir uns endlich am geschriebenen Wort eine GdP-Meinung bilden und diese mitteilen können. Auch dafür haben wir, wie immer in dieser Reform, nur wenige Tage Zeit. Von den Einzelheiten und Bedenken erfahrt ihr in Kürze über eure Kreisgruppen und die Informationsplattformen der GdP.

**Euer Landesvorsitzender**

## Dialog begonnen



Gespräch mit dem Behördenleiter

**Der GdP-Landesvorsitzende Marko Grosa sagte unmittelbar nach seiner Wahl zum Landesdelegiertentag in Luisenthal den Delegierten der Kreisgruppe Gera zu, dass er uns in Gera besuchen wird. Natürlich war uns bewusst, dass Marko, als neuer GdP-Vorsitzender, immer einen vollen Terminkalender hat. Wir drängten aber auf den Termin, weil wir ihn persönlich kennenlernen wollten und es im Vorfeld einige Irritationen gegeben hatte.**

Da nach der Übernahme seines neuen Amtes noch viele andere wichtige Termine anstanden, ich denke z. B. an die Personalratswahlen im Mai, vereinbarten wir den 1. Juni 2010. Leider, wie das Leben immer so spielt, wurde der Vorsitzende der Kreisgruppe krank und wir verschoben den Termin endgültig auf den 14. 7. 2010.

Gegen 15:30 Uhr versammelte sich der Vorstand unserer Kreisgruppe in der Einsatzzentrale der PD Gera. Wir waren froh, dass uns vonseiten der Dienststellenleitung dieser klimatisierte Raum zur Verfügung gestellt worden war, denn an diesem Tage herrschten wieder Temperaturen wie in der Sahara.

Nach der Begrüßung und Vorstellung diskutierten wir mit Marko über den Polizeieinsatz vom 9./10. 7. 2010,

über die Gewerkschaftspolitik im Land und in der Kreisgruppe, die neue Polizeistrukturenreform sowie über Vorstellungen zum Neubau bzw. Neugestaltung der GdP-Geschäftsstelle in Erfurt.

Zu unserer Veranstaltung kam dann auch unser PD-Leiter, Polizeidirektor Andre Röder, hinzu. Dieser informierte den Landesvorsitzenden über die Polizeidirektion Gera und beteiligte sich mit an der angeregten Diskussion. Leider war die vorgesehene Zeit viel zu knapp. Wir konnten viele der wichtigen Probleme gar nicht zu Ende diskutieren. Für abends hatten wir einen Tisch in einem kleinen Hotel am Stadtrand reserviert. Bei dem schönen Sommerabend natürlich im Biergarten. Bei einem guten Abendessen hatten wir Gelegenheit mit Marko und unserem Behördenleiter die am Nachmittag begonnene Diskussion fortzusetzen. Da Marko sich Zeit genommen hatte und bei uns in Gera übernachtete, wurde es ein schöner aber auch langer Abend. Wie erwähnt, wir hatten nicht alles ansprechen können was momentan aktuell ist. Auch Marko konnte nicht alles loswerden, was er sich vorgenommen hatte uns vorzutragen. Er ließ uns aber wissen, dass er uns gern wieder besuchen möchte. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir den begonnenen Dialog weiter fortsetzen könnten und es Marko in Gera gefallen hat.

**Deitlef Hartmann, KG Gera**



Dialog wird bei einem Bier abends fortgesetzt

Fotos: KG Gera



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



**Zur Polizeistrukturereform in Thüringen erreichen die Redaktion folgende Zuschriften:**

Wir stehen bei der Neustrukturierung der Thüringer Polizei vor noch interessanteren Herausforderungen, als wir es in den letzten 20 Jahren erlebt haben.

Die Ursachenforschung ist dabei relativ leicht, wenn man sich einen Blick auf das notwendige Personal für Polizeiarbeit erlaubt. Dabei wird immer mehr deutlich, dass wir bei dem immer kleiner zu scheinenden Personalansatz im Bereich der Polizei schon von Grund auf ein Benennungsproblem haben, was überhaupt Polizei ist und wer tatsächlich darin und wo originäre polizeiliche Aufgaben wahrnimmt. Interessant wird dabei nicht nur ein neuer Organisation- und Dienstpostenplan, wo die schönen lukrativen Dienstposten an der jeweiligen Spitze noch schöner zu werden scheinen, was die Dotierung betrifft, sondern ein neues Polizeiorganisationsgesetz, wo sich die GdP für die Beibehaltung des § 14 Abs. 1 POG einsetzen sollte, nein muss.

Es ist die letzte gesetzlich mögliche Chance, Aufgaben im Vollzug an Angestellte zu übertragen, wenn sie in das Beamtenverhältnis aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen, insbesondere wegen ihres Alters, nicht übernommen werden können oder konnten.

Es gibt eine gewisse Anzahl von beschäftigten Angestellten, die genügend intellektuelles Potenzial haben, so manchen Vollzugsschreibtisch zu besetzen, damit die dort tätigen Vollzugsbeamten an der „Front“ eingesetzt werden können.

In der sogenannten Spaßgesellschaft wird doch tatsächlich offenbar, dass die Zuckerposten direkt für die jüngeren Bediensteten quasi vorgehalten werden und dafür das Abstellgleis des Personalverlaufes auf der einen Seite und der eigentliche Wirkbetrieb der Polizeiarbeit auf der anderen Seite nicht so optimiert wird, in dem die jüngere Generation unmittelbaren Einsatz- und Streifendienst leistet. Auch hat es den Anschein, dass es immer mehr Häuptlinge und immer weniger werdende Indianer gibt, deren Krankenstand aus welchen Gründen u. a. der Resignation über vielerlei nicht Förderungs- bzw. Anerkennungshandlungen durch den Dienstherren schier unreparabel einhergeht. Der Verlust von Privilegien mehrerer Uniformträger, die sich in technischen und Verwaltungsbereichen aufhalten, kommt noch dazu. Man kann keine Berechnungen über die Anzahl von PVB anstellen, obwohl diese im Bereich

der unmittelbaren Strafverfolgung gar nicht mitwirken! Das wäre gelogen. Vielmehr sollte die Öffentlichkeit darüber informiert werden, wie viel Polizeibeamte tatsächlich Polizeiarbeit am Bürger leisten. Nach meiner Überzeugung sind das nicht mehr als 1/3 der gegenwärtigen Beamten, die gemäß ihrer Besoldung mit einer Polizeivollzugszulage „Vollzugsdienst“ leisten. Ein mehr auf die Straße würde hier einen realistischen Ansatz bieten, ohne Neuausbildung von Polizeibeamten, die Vollzugsarbeit zu stärken – damit Aufgaben an Angestellte zu übergeben, die wir – mangels Masse – auch einstellen könnten, um auch dabei unseren Beitrag für den Arbeitsmarkt und damit für die Gesellschaft zu leisten.

Wir müssen dringend unserem Personalbestand der Angestellten endlich auch die Möglichkeit einräumen, sich weiter zu qualifizieren und aufsteigen zu können. Zu viel Blockadehaltung ist hier sichtbar – wenn man den einen oder anderen Personalvertreter in den vor Ort wirkenden Personalräten nach solchen Vorgängen befragt.

Noch immer wird eine unvorstellbar große Kluft zwischen Tarifempfängern und verbeamteten Bediensteten gemacht, weil in der Personalführung aufgrund der nicht im vollen Umfang bewältigten Ausschöpfung von Möglichkeiten eines erweiterten Tätigkeitsfeldes schon im Ansatz sich keiner Gedanken macht.

Da werden einfach PVB auf Dienstposten gesetzt, obwohl diese Dienstkraft dann nicht reparierbar im ESD fehlt und der Angestellte selbst bei Eignung nicht wirken wird. Wie schon erwähnt, gilt das auch im Verwaltungsbereich, bei dem das Thema Dienstbewaffnung nun wirklich nicht das Kriterium zu sein hat, zumal hier manch männlicher Bediensteter selbst aus Vorzeiten mit solchem Gerät täglich zu tun hatte. Sicherlich sind wir uns darüber einig, dass es angebracht ist, endlich sachlich auch aus dem Blick der Personalvertretungen unmissverständlich konstruktive Vorschläge dienstlich von Vorteil sowie sozial verträgliche Aspekte einzubringen. Ich glaube nicht, dass alle Optimierungskernpunkte richtig geprüft werden, da von den Entscheidenden keiner es schlechter haben wird.

**Aus der Brille eines Angestellten**

Im Rahmen der Polizeistrukturereform wird immer wieder nur von den Polizeivollzugsbeamten gesprochen. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte werden nur am Rande erwähnt. Offensichtlich hat noch gar niemand von den Verantwortlichen mitbekommen, dass wir in

Thüringen rund 950 Tarifbeschäftigte und rund 350 Verwaltungsbeamte haben. Das sind rund ein Fünftel aller Beschäftigten der Thüringer Polizei.

Da hört man immer wieder, dass Polizeivollzugsbeamte für den Polizeivollzugsdienst freigesetzt werden sollen. Diejenigen, die diese Aufgaben aber übernehmen könnten, werden aber offensichtlich überhaupt nicht betrachtet. Es kann mir bis heute niemand die Frage beantworten, auf welcher Grundlage die Polizeidienststellen Tarifbeschäftigte zugeteilt bekommen haben. Die Zuweisung von konkreten Aufgaben an die Tarifbeschäftigten ist jeder Polizeidienststelle selbst überlassen. Zentral gibt es offensichtlich nur eine Vorgabe. Danach darf für die Tarifbeschäftigten nicht mehr als die Entgeltgruppe 5 herauskommen. Die ehemaligen Angestellten liegen damit auf demselben Niveau wie vor 20 Jahren. Eine Entwicklung und Qualifizierung hat für die Kolleginnen und Kollegen nicht stattgefunden. Ich höre die Beamten immer wieder wegen ihrer Beförderung oder vielmehr wegen ihrer Nichtbeförderung klagen. Beamte haben wenigstens theoretisch die Chance auf eine Beförderung. Für Tarifbeschäftigte ist Entwicklung ein Fremdwort. Nur wenige ehemalige Arbeiter haben den Sprung in eine andere und teilweise höherwertige Tätigkeit geschafft. Dies hat aber nur deshalb geklappt, weil Tarifbeschäftigte nicht eingestellt werden, Altersabgänge aber ersetzt werden mussten. Sonst hätte man noch mehr Polizisten von der Straße holen müssen.

Ich bitte deshalb meinen Arbeitgeber, meinen Personalrat und meine Gewerkschaft, vergesse die Tarifbeschäftigten nicht. Wir können mehr als man uns zutraut. Wir beweisen das tagtäglich schon, ohne dass wir dafür das entsprechende Geld bekommen. Wir wollen uns entwickeln können und die Polizeibeamten tatsächlich von polizeifremden Aufgaben entlasten, man muss uns nur lassen. Wenn denn schon die Polizei unter die Lupe genommen und optimiert wird, dann sollte man die Tarifbeschäftigten nicht vergessen. Wir wollen mehr und können mehr als man uns bisher zutraut. Wir wollen dafür aber auch mehr Geld.

**Paula Fröhlich**



# Föderalismus vs. Sklavenhandel

Darf der Staat den Wechsel von Polizeibeamten in ein anderes Bundesland an Bedingungen knüpfen?

**Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes und die Artikel 17 bis 19 der Thüringer Verfassung schützen Ehe und Familie und garantieren zugleich eine Sphäre der privaten Lebensgestaltung, die der staatlichen Einwirkung entzogen bleiben soll.**

Der Bundesgesetzgeber muss Normen vermeiden, welche in die freie Entscheidung der Ehegatten über ihre Aufgabenverteilung in der Ehe eingreifen, wenn er diesem Gebot der verfassungsrechtlichen Regelungen Rechnung tragen will. Geschützt ist sowohl die Entscheidung eines Familienmitgliedes sich dem Haushalt zu widmen, als auch beruflich tätig zu werden und damit ein eigenes Einkommen zu erwerben. Die Einwirkung des Gesetzgebers dahingehend, ein Familienmitglied vom gemeinsamen Lebensmittelpunkt fernzuhalten, dürfte dem entgegen Artikel 6 Absatz 1 GG und 17 bis 19 der Thüringer Verfassung verfassungswidrig sein.

So zumindest verhält es sich, wenn der Ehemann durch eine gesetzliche Regelung in seiner Entscheidungsfreiheit hinsichtlich einer eigenen Erwerbstätigkeit beeinträchtigt wird, solange auch seine Ehefrau erwerbstätig ist. Damit ist die so genannte „Doppelverdienerhe“ geschützt.

Doch auch mit der Abschaffung des Beamtenrechtsrahmengesetzes und der Überführung des öffentlichen Dienstrechtes an die Länder besteht im Rahmen des noch immer für den Bund gültigen Beamtenstatusgesetzes das „Tauschversetzungsgebot“ fort. Durch das Tauschversetzungsgebot entsteht ein zusätzlicher Aufwand, der die Bemessung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehegatten unberücksichtigt lässt. Der Schutz der Ehe und Familie gebietet

es, so auch Polizeibeamte bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, einen gemeinsamen Wohnsitz und Beschäftigungsort der Ehegatten und Familie anzustreben und zugleich das Erfordernis der Unterhaltung eines weiteren Wohnsitzes durch die Berufstätigkeit des Ehegatten an einem anderen Ort so gering wie möglich zu halten.

Das BVerfG hat in einem steuerlichen Kontext festgestellt, dass für die geschützte Sphäre der privaten Lebensgestaltung aus Artikel 6 Absatz 1 GG entscheidend ist, ob dieser Ehepartner in Wahrnehmung seiner

Versetzungswünschen von Polizeibeamten in ein anderes Bundesland jedoch leben. Auch wenn eine Analyse vom Landesamt für Statistik zur Wanderungsbilanz zeigt, dass seit der Wiedergründung des Freistaates niemals so viele junge Erwachsene zwischen 20 und 25 Jahren nach Thüringen gezogen sind, wie 2009, ist der Trend jedoch ein anderer.

Wir müssen um jeden Bürger in unserem Land kämpfen und sehr bald auch um jeden Jugendlichen, für den Polizeiberuf. Wir werden absehbar in einer deutlichen Konkurrenz mit der freien Wirtschaft stehen, wenn es um den Kampf des polizeilichen Nachwuchses innerhalb der sich reduzierenden Schülerabgangszahlen geht. Sehr wahrscheinlich können wir uns diese Probleme noch gar nicht ausmalen.

Wir werden bei den Einstellungs Voraussetzungen möglicherweise weitere Abstriche machen müssen, die der erforderlichen Qualität für die Erledigung poli-

zeilicher Aufgaben nicht mehr Rechnung tragen. Weil wir unsere Hausaufgaben bei den Einstellungen in die Polizei trotz der erkannten überdimensionierten Altersabgänge nicht gemacht haben, sollten wir besonders froh sein, wenn die Möglichkeit bestünde, ausgebildete Polizeibeamte, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, unkompliziert zu übernehmen.

Dann sollten wir zunächst damit aufhören, diesen Bewerbern Absagen zu erteilen, bevor jegliche Prüfung beim abgehenden Bundesland stattgefunden hat. Auch die Geberländer, die in der Regel von den Abwanderungen aus den neuen Bundesländern profitierten, können kein Interesse daran haben, dass die neuen Bundesländer aussterben.

**Marko Grosa, mit der aufgegriffenen Rechtsauffassung eines geschätzten Mitarbeiters des Thüringer Innenministeriums**



Berufsfreiheit aus Artikel 12 Absatz 1 GG den beruflichen Einsatzort wählt, um überhaupt eine Arbeitsstelle zu finden, oder ob er damit beispielsweise nur die Erwartung einer höheren Arbeitsplatzattraktivität oder bessere Karrierechancen verbindet (NJW 2003, S. 2079, 2082). Beim Einsatz eines Polizeibeamten außerhalb des Lebensmittelpunktes seiner Familie geht es jedoch in den seltensten Fällen um eine freiwillige und sich selbst aufgegebene Suche nach Aufstiegsmöglichkeiten. Daher kann für Beamte, die einen Dienstherrnwechsel anstreben, aufgrund der Einheit der Rechtsordnung eigentlich nichts anderes gelten.

Bei allem, was in der Bundesrepublik Deutschland zum Föderalismus vielleicht umstritten ist, sollte man die Chance des Wettbewerbs im Zusammenhang mit den



# Möglichkeiten der Tatortwelten genutzt

**In der KPI Saalfeld sind die Sachbereiche Kriminaltechnik/Erkennungsdienst, Kriminaldauerdienst, Regionale Beweissicherungseinheit sowie die Vermisstenstelle im Kommissariat 6 angegliedert. Im Kriminaldauerdienst unserer Dienststelle werden neben den Maßnahmen des ersten Angriffes auch einfach gelagerte Sachverhalte sowie Leichensachen ohne Straftatverdacht abschließend bearbeitet.**

Deshalb wird auf die fachliche Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen großer Wert gelegt. Der Schwerpunkt liegt hierbei in der Vermittlung praktischer Fähig- und Fertigkeiten zur Suche und Sicherung von Spuren sowie der Erkennung von Situationsfehlern am Tatort.

Gemeinsam wurde die Idee geboren, für eine komplexe praktische Übung zur Tatortbefundaufnahme die Tatortwelten des Bildungszentrum Meinungen zu nutzen. Bereits in der Vorbereitungsphase wurde deutlich, welche genialen Möglichkeiten sich hierfür dort eröffnen würden.

Am 6. Juli 2010 war es dann soweit. Zwölf Kolleginnen und Kollegen des Kommissariat 6 fuhren frühmorgens mit eigener Ausrüstung in das BZ Meinungen. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Verantwortlichen der Tatortwelten erwarteten uns vier spurentechnisch professionell präparierte Tatorte, die durch die einzelnen Teams gleichzeitig abzuarbeiten waren. An jedem Tatort gab es real handelnde Personen, die als Zeuge, Geschädigte oder Täter in den jeweiligen Sachverhalt eingebunden waren. Hierfür wurden durch das Bildungszentrum Meinungen eigens externe Rollenspieler engagiert, die ihre Rolle entsprechend eines vorgegebenen Drehbuches hervorragend ausfüllten und die Beamten zu realem Handeln veranlassten.

Den ersten Tatort bildete ein Verbrauchermarkt, in den eingebrochen wurde. Beim zweiten Tatort handelte es sich um einen vorgetäuschten Einbruchsdiebstahl in ein Versicherungsbüro. Ein BSD in eine Gaststätte war die Herausforderung für das dritte Team, denn der Täter befand sich noch im Objekt. Schließlich

wurde das vierte Team zu einem ungeklärten Todesfall in eine Wohnung gerufen. Hier stellte sich im Zuge der Tatortarbeit heraus, dass der „Verstorbene“ Opfer eines Tötungsdeliktes wurde.

Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wurde durch je einen „Beobachter“ begutachtet und später bewertet. Kriterien der Bewertung waren u. a. das taktische Vorgehen, die Eigensicherung, das Teamverhalten und schwerpunktmäßig die Qualität der Spurensuche und Spurensicherung, Spurendokumentation sowie die Zweckmäßigkeit der Spurenverpackung. Da unter den „Beobachtern“ auch Angehörige des Bildungszentrums waren, entstand hier gewollt eine Schnittstelle zwischen Praktikern und Lehrmeinung, die beiden Seiten zugutekam.

Es war festzustellen, dass alle Anwesenden ihre Aufgaben sehr ernst nahmen und die Spurensuche und -sicherung in einer hohen Qualität erfolgte. An allen Tatorten wurden etwaige „Situationsfehler“ erkannt und die nachfolgenden Maßnahmen entsprechend darauf ausgerichtet. Obwohl allen Beteiligten bewusst

war, dass es sich um eine Übung handelt, war insbesondere bei dem Leib-und-Leben-Sachverhalt bei Erkennen der Tötungsstraftat eine hektische Phase nicht zu übersehen, die sich jedoch schnell wieder normalisierte.

Die Auswertung fand im Anschluss in den Teams gemeinsam mit den Rollenspielern und Beobachtern statt. Jeder konnte sich hier einbringen und seine Sicht der Dinge schildern. Dadurch war die Auswertung sehr konstruktiv und jeder konnte die eine oder andere Erkenntnis mit nach Hause nehmen.

Insgesamt waren allen Teams am Tatort professionelles Handeln und hohe Qualität bei der Tatortbefundaufnahme zu bescheinigen. Nach Rückkehr zur Dienststelle wurde der Tag noch einmal ausgewertet, während auf dem Rost die Bratwürste ihre goldige Farbe annahmen. Insgesamt wurde diese Art von Fachschulung von allen Beteiligten sehr positiv bewertet. Wir möchten es deshalb nicht versäumen, uns auf diesem Weg noch einmal ganz herzlich bei den Rollenspielern und vor allem bei den Verantwortlichen im Bildungszentrum Meinungen bedanken, dass sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Schultages so engagiert unterstützt und daran mitgewirkt haben.

**Uwe Möller  
und Jens-Michael Krasser  
KPI Saalfeld**



Die Teilnehmer vor den Tatortwelten

Foto: KG Saalfeld



# Wir wollen keine Nazis in Gera

Vom Polizeieinsatz am 9. und 10. Juli 2010 berichtet Detlef Hartmann, Kreisgruppe Gera

„Rock für Deutschland“ ist bereits die achte, alljährlich wiederkehrende Großveranstaltung der NPD in Gera. Wie Fliegen das Aas hatte diese Veranstaltung voriges Jahr mehr als 4000 Szenesympathisanten und sogenannte Rechtsrockfans angezogen. Magnet der Veranstaltung war 2009 der bei den Neonazis von Mythen umrankte „Lunikoff“, mit bürgerlichen Namen Michael Regener. Obwohl in diesem Jahr klar war, dass Gera nicht wieder von einer derartig großen Anzahl von Rechtsradikalen überrannt werden würde, kamen dann doch immer noch über 1000 Personen dieser Gesinnung zusammen.

Die Rechten begannen am Tag vorher, ihren Versammlungsraum mit Bauzäunen abzugrenzen. Die Zäune hatte ein eng mit der Stadt Gera zusammenarbeitender bekannter Verkehrsleittechnik betreibender Unternehmer geliefert. Wie schon der Lateiner sagt: „Pecunia non olet“ oder zu gut deutsch: „Geld stinkt nicht“! In ihrem Veranstaltungsraum stellten die Nazis eine Bühne mit Technik, Toiletten und Müllcontainer auf. Da ich den Aufbau am Freitag beobachten konnte, hatte ich den Eindruck, dass die Rechten zwar von den Geraern gehört werden sollten, aber sonst unter sich sein wollten.

Um das als Kundgebung getarnte Open-Air-Hasskonzert unmöglich zu machen, hatten auch in diesem Jahr zahlreiche regionale Aktionsbündnisse, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, Gruppierungen und private Bürger aufgerufen unter dem Motto: „The Party is over – Europas größtes Nazifest stoppen, blockieren, verhindern“! Wie immer, so auch bei der Veranstaltung 2010, kam auf die Polizei eine schwierige Aufgabe zu. Auf der einen Seite musste sie die Naziveranstaltung schützen und auf der anderen Seite den friedlichen Protest ermöglichen.

Dass die Polizei letztendlich eine gute Arbeit leisten konnte, hatte sie den im Vorfeld klugen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Gera zu verdanken. Dieses hatte vernünftige, praktikable Auflagen für die Demo der Rechten und die Gegendemos beschieden. Leider kann man dies nicht vom Oberbürgermeister unserer Stadt sagen, der sich im Vorfeld sehr unkooperativ und uneinsichtig gezeigt hatte. Glücklicherweise

konnte sich seine halsstarrige Meinung nicht durchsetzen. Der Einsatz wäre um vieles schwieriger geworden.

Für Freitagabend hatte die thüringenbekannte Katharina König (MdL) ihre Auftaktkundgebung organisiert. Vor dem Geraer Hauptbahnhof hatten sich gegen 19:00 Uhr etwa 200 Personen versammelt. Es waren vorwiegend Personen aus dem linksautonomen Spektrum. Obwohl die Kundgebung der Frau König „Nazifeste abschalten – immer und überall“ wollte, schienen die beiden Vorredner auf dem Bahnhofsvorplatz etwas anderes im Sinn zu haben. Ihre „Redebeiträge“ (?) richteten sich in erster Linie gegen den kapitalistischen, deutschen Staat, die demokratische Grundordnung,



Versuch der Blockade der Heinrichsbrücke

das gesellschaftliche System und gegen die Polizei. Nachdem man sich vor dem Bahnhof in kämpferische Stimmung gebracht hatte, zog man durch die Innenstadt, geschützt und begleitet von der so geschmähten Polizei. In der Clara-Zetkin-Straße stieß noch der streitbare Gottesmann, Pfarrer Lothar König (Jugendpfarrer in Jena und Vater der Katharina K.) zum Demonstrationszug. Über „Lauties“ (Jargon der Autonomen, gemeint sind zwei klapprige alte VW-Busse mit Lautsprechern) wurden abstruse Ideen, linksautonome Parolen und unerträgliche Musik in die Stadt geschrien. Von den Anwohnern schien sich aber niemand für das Gequatsche und die ohrenbetäubende Musik zu interessieren. Trotzdem wurde der Zug der Autonomen wie Wesen von einem anderen Stern bestaunt und belächelt (mein Eindruck).

Die Demonstration zog schließlich in die Nähe des Versammlungsortes der Rechten. Da verhindert wurde, dass die Demonstranten die Spielwiese (Ver-

sammlungsort rechts) auf der anderen Seite der Elster besetzen konnten, endete der Demonstrationszug auf einer Wiese neben der Heinrichsbrücke. Die starke Polizeipräsenz und deren konsequentes Handeln hatten verhindert, dass es zu Zwischenfällen und Ausschreitungen kam. Gegen 23:00 Uhr war die Demonstration ohne besondere Vorkommnisse beendet worden.

Am Samstag hatten sich bereits in den frühen Morgenstunden an den beiden strategisch wichtigen Elsterübergängen Heinrichsbrücke und Schlachthofsteg mehrere Hundert Menschen versammelt. Ziel dieser war es, die Brücken über den Fluss zu blockieren und somit zu verhindern, dass die Rechten ihren Versamm-

lungsort erreichen können. Zeitgleich zu den Blockaden der Elsterbrücken gab es an verschiedenen Orten der Stadt mehrere Kundgebungen.

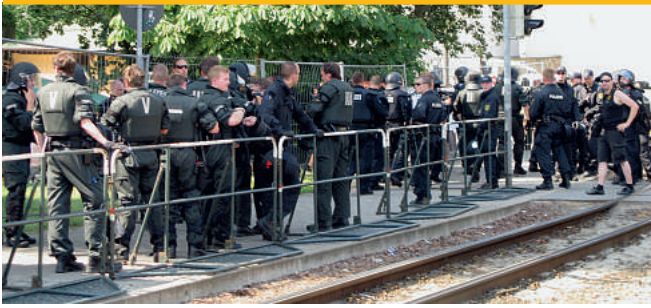
Diese Demos waren von den Linken, der SPD, den Grünen, dem DGB, dem Aktionsbündnis „Gegen Rechts“ und von

UNICEF organisiert worden, um nur einige zu nennen.

Auf der Heinrichsbrücke gelang es den Gegendemonstranten mangels Masse nicht, diese vollkommen dicht zu machen. Ein schmaler Streifen blieb offen. Wirklich dicht und damit für die Nazis unpassierbar, war nur die Blockade am Schlachthofsteg.

Die Demonstranten auf der Heinrichsbrücke ließen sich insbesondere auf dem Bereich der Straßenbahnschienen nieder. Von da an standen die Straßenbahnen. Pech für die vielen Geraer, die in den Bahnen saßen. Für sie ging nichts mehr. Sie waren in dem Wahnsinn gefangen. Wehe den Fahrgästen, die an diesem Tag einen wichtigen Termin hatten und auf die Straßenbahn angewiesen waren. Ich frage deswegen: Ist es legitim, Unbeteiligte zu blockieren und zu nötigen? Nazis stoppen ja! Aber dann mit gesetzlich erlaubten Mitteln. Wir leben in einem Rechtsstaat und da kann der Bürger darauf vertrauen, dass er sich frei bewegen kann.





Sicherung des Konzertgeländes



Trennung der Nazis (re.) und der Gegendemonstranten auf der Heinrichsbrücke  
Fotos: Schwenzer

Der Personalratsvorsitzende der PD Gera und ich versuchten, mit einem der Organisatoren der Blockade ins Gespräch zu kommen. Wir wollten ihm, von Demokrat zu Demokrat, nur sagen, dass das Handeln der Blockierer eine Straftat darstellt. Enttäuscht und erschrocken waren wir von der uneinsichtigen und unqualifizierten Antwort. Er wollte uns gestandenen Beamten über das Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht belehren.

Kleine Anekdote am Rande: Der Oberbürgermeister von Gera, also der oberste Chef der Ordnungsbehörde, war einer der eifrigsten Demonstranten. Er gehörte zu den Personen, die auf der Heinrichsbrücke die Straßenbahnschienen blockiert hatten. Irgendwann muss er geschnallt haben, dass die Straßenbahnen standen und die Fahrgäste wütend und genervt ausgestiegen waren. Der Polizeiführer vor Ort wurde von dem verdutzten OB gefragt, warum denn die Straßenbahnen nicht fahren. Wirklich Weitblick oder?

Ein großer Teil der rechten „Musikfans“ kam mit Zügen auf dem Geraer Südbahnhof an. Hier wurden sie von der Polizei gesammelt und in größeren Gruppen über den schmalen Zugang der Heinrichsbrücke zu ihrem Versammlungsort geführt. Dabei kam es zu lautem Protest der Gegendemonstranten. Dass es zu keinen schwereren Übergriffen auf beiden Seiten kam, ist der hohen Präsenz und dem wirklich professionellen Handeln der eingesetzten Polizeikräfte zu verdanken. Die Beamten ließen sich insbesondere bei der Durchleitung der Teilnehmer der NPD-Versammlung trotz des Werfens von Gegenständen, des Bespuckens durch Gegendemonstranten und der emotional aufgeheizten Stimmung nicht provozieren.

Deswegen möchte ich hier an dieser Stelle allen eingesetzten Polizistinnen und Polizisten für ihr gezeigtes Engagement, die hohe Einsatzbereitschaft und Professionalität ausdrücklich danken. Wenn man an die Witterungsbedingungen denkt, an diesem Tag herrschenden tropischen Temperaturen um die 35 Grad, die Sonne brannte unbarmherzig

auf die Kollegen, die voll aufgerüstet in ihrer dunklen Einsatzbekleidung der aggressiven Sonne ohne Schutz ausgesetzt waren, kann man die Leistung als Außenstehender kaum erahnen.

Mit Unterstützung von Kräften der Landespolizeien aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, dem Bund, der BePo Thüringen u. a. Polizeidirektionen aus Thüringen war es gelungen, den Polizeieinsatz zum Erfolg zu führen. Alle Polizeibeamten haben trotz der physischen und psychischen Belastung echt Großes geleistet. Einige Politiker und Versammlungsteilnehmer hatten sich deswegen auch unmittelbar nach Ende der Veranstaltungen für das gezeigte Handeln der Polizei bedankt.

Der größtenteils friedliche Verlauf der Gegendemo ist der Tatsache zu verdanken, dass nicht die linken Chaoten die Oberhand über die einzelnen Veranstaltungen gewonnen hatten. Obwohl von linksautonomen, gewaltbereiten Personen zahlenmäßig frequentiert, waren es doch die besonnenen, demokratischen Kräfte, die mit friedlichen Mitteln ihren berechtigten Unmut zum Ausdruck brachten. Dies wurde insbesondere zum Schluss der Gegendemonstration vor den „Gera-Arcaden“ deutlich.

Welches Fazit kann aus dem Ganzen gezogen werden? Der Polizeieinsatz hat vorrangig ein „Schweine-Geld“ gekostet. Steuergeld wohlgeerntet, welches in unserem Land an allen Ecken und Enden fehlt. Trotz der öffentlichen Kampagne sowie der Aufrufe von Initiativen und Bündnissen ist es nicht gelungen, das Nazikonzert zu verhindern! Obwohl die Demonstranten gegen Rechts aus Weimar, Leipzig, Saalfeld, Nürnberg, Jena, Erfurt, Berlin und von sonst wo her kamen, die wenigsten waren Bürger der Stadt Gera.

Selbst die Organisatoren schätzen ein, dass kaum Leute aus Gera auf die Straße gegangen sind und die angereisten Gruppen fast unter sich waren. Wenn Medien behaupten Gera habe sich gegen Nazis gewehrt, ist das nicht nur geschönt, sondern einfach falsch. Im Grunde hatten nur die Organisatoren ihre Sympathisanten nach Gera geschafft, die Geraer

selbst konnten sie aber nicht dazu bewegen, ein deutliches Zeichen gegen Rechts zu setzen. Ähnliches habe ich aber auch bei anderen Gegenaktionen im Ostthüringer Raum erlebt. Ich denke nur an Altenburg, Pößneck usw.

Deswegen sollten die demokratischen Kräfte und Bündnisse noch einmal über ihre Methoden und Mittel nachdenken. Sind diese wirklich wirkungsvoll und warum interessiert sich keiner der eigentlich Betroffenen? Wir, die Geraer Bürger, sollten den Nazis zeigen, dass sie in unserer schönen Stadt nicht erwünscht sind. Wollen wir das immer andere machen lassen? Dazu brauchen wir aber, so denke ich, keine Blockaden, die einen großen Teil der Stadt lahm legen.

Während des Polizeieinsatzes war ich in der Nähe des Versammlungsortes Rechts. Ich kann deswegen sagen, dass die Musik der dort auf tretenden Musikgruppen einfach abartig war. Ich hörte nur sinn- und hirnloses Gegröle. Auch die Redebeiträge fand ich nicht so interessant, dass man ernsthaft diesen Blödsinn hätte hören müssen. Deswegen dachte ich mir so, dass viele Geraer recht haben.

Viele Bürger unserer Stadt meinen nämlich, dass man die Nazis einfach nicht beachten sollte. Mit den lauten Demos wertet man sie nur auf. Gerade damit erreichen sie ja eine Aufmerksamkeit, die ihnen nicht zukommt. Das mit dem Ignorieren ist allerdings auch schon einmal gründlich schiefgegangen.

Die Politik sollte sich endlich einmal entscheiden. Wäre es nicht an der Zeit die NPD zu verbieten? Bestimmtes politisches Handeln der in diesem Land etablierten Parteien, kommt nicht nur mir so vor wie Brandstifter, die Öl ins Feuer gießen und dann frech nach der Feuerwehr rufen. Fragen sollte man sich auch, warum junge Menschen derart abartige, menschenverachtende Ideen und so einen schlechten Musikgeschmack haben?

Schlussatz: Hoffen wir, dass meiner Heimatstadt eine neunte Auflage des „Rocks für Deutschland“ erspart bleibt. Veranstaltet Euren Nazischeiß doch in der Wüste Gobi, da hört Euch keiner und Ihr geht uns nicht aufs Schwein!





## Einsatzleitsysteme in ...

### ... Sachsen

Im Informationszeitalter werden die Möglichkeiten des Internets immer stärker genutzt und auch Notrufe in Datenpaketen übertragen (Voice over IP – VoIP). Dadurch kann der Fall eintreten, dass der Standort Hilfesuchender nicht mit dem der örtlich zuständigen Polizeidienststelle oder Rettungsleitstelle übereinstimmt. Die Leitstellen müssen daher immer sehr detailliert den genauen Standort erfragen und ihn richtig zuordnen können.

In Sachsen werden alle Polizeinotrufe 110 an die Führungs- und Lagezentren (FLZ) der jeweiligen Polizeidirektion geleitet, welche dann das zuständige Polizeirevier zum Einsatz bringt. Bereits bei dem bisherigen Zuschnitt der Polizeidirektionen in Sachsen muss die Standortabfrage sehr genau getätigt werden, da gerade im ländlichen Bereich Dörfer den gleichen Namen tragen oder kleine Orte in Übersichtskarten gar nicht mit einem eigenen Namen eingetragen sind.

Nun kann es in Einzelfällen dazu kommen, dass bei der Nutzung von VoIP durch den Anrufer zwar seine „Heimdienststelle“ den Notruf erhält, aber erst bei einer detaillierten Standortabfrage festgestellt wird, dass er sich gar nicht „zu Hause“ aufhält, sondern in einem ganz anderen Bereich im Urlaub ist. Das erschwert die schnelle Hilfeleistung natürlich erheblich.

Die Anbieter von mobilem VoIP müssen die technischen Möglichkeiten schaffen, den Notruf entsprechend des Standortes zuzuordnen. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, dass ihnen bei einer Notsituation unverzüglich geholfen wird. Bei einer Organisationsänderung der Polizei ist es zwingend notwendig, die technischen Voraussetzungen anzupassen. In diesem Zusammenhang kann es erforderlich sein, auch das Gesamtgefüge „Notruf“ als Bestandteil der Führungs- und Einsatzmittel der sächsischen Polizei eingehend zu überprüfen und vielleicht anders als bisher zu konzipieren.

**Matthias Kubitz**

### ... in Sachsen-Anhalt

Momentan laufen die Notrufe in den Polizeirevieren und teilweise in den Revierkommissariaten auf. Das soll sich bald ändern. Dazu werden in Sachsen-Anhalt die drei Lage- und Führungszentren (LFZ) in den jeweiligen Polizeidirektionen (PD) modernisiert. Hier soll dann ein zentrales Notruf- und Einsatzmanagement stattfinden. In den neuen LFZ soll ein integratives zentrales Funk-, Notrufabfrage- und Sprachvermittlungssystem sowie Einsatzleitsystem implementiert werden. Dieses wird auch ein geografisches Informationssystem umfassen, das es erlaubt, beliebige Karten über das Einsatzgeschehen zu legen, um die Orientierung zu erleichtern und eine zügige Abwicklung des Einsatzes sicherzustellen.

Die einzelnen Objekte einer Karte können mit Daten, Bildern, Skizzen, Videos und Textdokumenten, die weitere Informationen enthalten, verknüpft werden. Die LFZ werden den eigenen oder unterstellten Einsatzkräften grundsätzlich direkt oder der jeweilig zuständigen Dienststelle die Einsätze über Funk, Telefon oder Datentransfer im Einsatzleitsystem zur Einsatzwahrnehmung weitergeben und dokumentieren die getroffenen Maßnahmen bzw. unterstützen die Einsatzkräfte durch gezielte Informationen. Da liegt auch schon ein Problem. Die Software bzw. die Beamten im LFZ müssen gute Ortskenntnisse haben, um die Kräfte und Mittel gezielt einzusetzen. Die Gegebenheiten im Harz sind sicherlich anders als in Salzwedel oder Annapberg.

Durch die Einsätze selbst, durch Lagerdarstellung und Einsatzdokumentation, einschließlich Melde- und Berichtswesen, durch Informationsaufnahme, -bewertung und -steuerung fallen große Datenmengen an. Die in den LFZ zu errichtenden technischen Systeme sollen die Kollegen dabei unterstützen und entlasten. Die gegenwärtigen Abläufe in der Einsatzbewältigung müssen den veränderten Gegebenheiten angepasst werden.

**Jens Isensee**

### ... in Thüringen

Gegenwärtig werden in Thüringen von 27 Dienststellen Notrufe entgegengenommen und bearbeitet. Die Notrufe laufen zum Teil in den Polizeidirektionen, zum Teil aber auch in Polizeiinspektionen und Außenstellen auf. Die Stelle, welche den Notruf entgegennimmt, betreibt gegenwärtig auch das Einsatzmanagement. Die Endbearbeitung erfolgt in den Polizeiinspektionen.

Bestrebungen für die Beschaffung von Einsatzleitsystemen gibt es schon lange. Noch vor der Jahrtausendwende hat sich besonders die Polizeidirektion Suhl mit dem Thema beschäftigt und mehrfach Handlungsvarianten an das Thüringer Innenministerium gesandt. Die Gründe dafür, dass bisher keine dieser Varianten umgesetzt wurde, sind sehr vielfältig. Mal war das Ganze zu teuer, mal gab es Differenzen über das Konzept und dann kamen Strukturreformen dazwischen. Im Wesentlichen befindet sich Thüringen noch auf dem Stand von 1991, auch wenn zwischendurch immer mal wieder Technik erneuert wurde.

Mit der Einführung des Digitalfunks und durch flächendeckend vorhandene digitale Vermittlungstechnik rückt nun auch für Thüringen ein zentrales Notruf- und Einsatzmanagement in greifbare Nähe. Investitionen müssen für den Digitalfunk ohnehin getätigt werden und die Einsatzzentralen der Polizeidirektionen müssten ebenfalls dringend technisch modernisiert werden.

Im Rahmen des gegenwärtigen Projektes Polizeistrukturreform Thüringen wird die Schaffung einer Einsatzzentrale für ganz Thüringen untersucht, in welcher ein zentrales Notruf- und Einsatzmanagement umgesetzt werden soll. An einer entsprechend großen Anzahl von Arbeitsplätzen sollen dann alle Notrufe verarbeitet werden und von dort auch zentral der Kräfteinsatz gesteuert werden. In Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen ist ab 2013 mit der Erreichung zu rechnen.

**Edgar Große**

